



Mehr Leistungen für kleine Kliniken

Die Pläne zur umstrittenen Krankenhausreform des Bundes werden nicht in der vorliegenden Form umgesetzt. Bayern hält an Strukturen in der Fläche fest.

Von Jürgen Umlauf

MÜNCHEN. „Die Reform wird so nicht kommen, und das ist gut so“, erklärte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek vor dem Gesundheitsausschuss des Landtags. Das sei das Ergebnis einer Bund-Länder-Runde in der vergangenen Woche. „Vor dem Beschluss einer Reform muss Klarheit über deren Folgen herrschen“, betonte Holetschek.

Aus seiner Sicht müsse sich die Reform am Wohl der Patientinnen und Patienten orientieren und dürfe vor allem die Bedürfnisse in den ländlichen Räume nicht übergehen. Bewährte Strukturen in der Schlaganfallversorgung und der Geburtshilfe müssten „weiterhin in einem engen Netz verfügbar bleiben“. Zudem müssten bei der Reform die Bedürfnisse des Personals eine zentrale Rolle spielen.

Holetschek sprach sich zudem für Öffnungsklauseln aus, um regionale Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern bei der Zuordnung zu den neuen Versorgungsebenen berücksichtigen zu können. „Das ist unverzichtbar, um den unterschiedlichen Anforderungen in der Fläche gerecht zu werden“, sagte er. Dazu gehöre auch, die im Rahmen der Basisversorgung möglichen Leistungen an kleinen Kliniken erheblich zu erweitern.

Er sei bereit zu einem Dialog mit dem Bund, sagte Holetschek. Es dürfe aber „keine faulen Kompromisse zu Lasten der Menschen im Land geben. Nach Ansicht des von Holetschek beauftragten Gutachters Maximilian Schmid würde Bayern bei einer un-

veränderten Umsetzung der Reformvorschläge aus Berlin „auf ein Versorgungsdefizit in der Fläche zusteuern“. Dies würde nahezu alle Bereiche von der Notfallversorgung über die Geburtshilfe bis zur Intensivmedizin betreffen.

Die SPD-Gesundheitsexpertin Ruth Waldmann warf Holetschek erneut Panikmache vor. Es sei nie geplant gewesen, das von der Expertenkommission des Bundes vorgelegte Reformpapier unverändert umzusetzen. „Vor diesem Hintergrund ist es fatal, den Leuten Angst zu machen“, sagte sie. Bayern könne und müsse sich in die weiteren Beratungen einbringen.

Notwendig sei dafür aber, so Waldmann weiter, dass Holetschek selbst einen Plan habe, wie er sich die künftige Krankenhausstruktur in Bayern vorstelle. Die geforderte Länderöffnungsklausel dürfe am Ende auch nicht bedeuten, „dass jeder so weiterwuschelt wie bisher“. An der Notwendigkeit einer Reform der Krankenhausstrukturen bestehe kein Zweifel. Ähnlich äußerten sich Redner von Grünen und FDP.

Für die CSU wies der Coburger Abgeordnete Martin Mittag die Vorwürfe der Opposition zurück. Die Unruhe im Land sei entstanden, „weil Berlin das Reformpapier unkommentiert in die Öffentlichkeit geworfen hat“, urteilte er. Deshalb sei es absolut richtig gewesen, dass Holetschek eine Folgenabschätzung für Bayern in Auftrag gegeben habe. Der Patientenbeauftragte der Staatsregierung, Peter Bauer (Freie Wähler), erklärte, das Papier aus Berlin sei „für die medizinische Versorgung in Bayern schädlich“. Es widerspreche dem Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wenn die Versorgung in der Fläche ausgedünnt werden solle. Andreas Winhart (AfD) sprach von einem „Schlag ins Gesicht“ von Patienten, werdenden Müttern, Klinikpersonal und Angehörigen von Patienten. Die Pläne seien deshalb grundweg abzulehnen.